Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 237. Montag den 25. August 1879. 73. Jahrgang.

Für den Termin Michaelis dieses Jahres sind vier Ausstattungsstipendien im Betrage von 77 ℳ 8 ₰, 67 ℳ 45 ₰ und zweimal 40 ℳ 47 ₰ an hiesige unbescholtene arme Bürgerstöchter, welche sich seit Michaelis v. J. verheirathet haben, von uns zu vergeben und sind schriftliche Gesuche darum unter Beifügung der Eheschließungs-Bescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie, was das eine, nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederkehrer'sche Stipendium von 40 ℳ 47 ₰ anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 31. August c. auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 15, einzureichen.

Leipzig, den 19. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Richter.

Bekanntmachung.

Das Agathe Berger'sche Stipendium für einen „armen Studenten zur Erlangung der Magisterwürde", im Betrage von

35 Mark 69 Pfg.

ist zu Michaelis d. J. zu vergeben.

Bewerber um dieses Stipendium werden aufgefordert, ihre Gesuche nebst den erforderlichen Bescheinigungen bis zum 1. September d. J. bei uns einzureichen.

Leipzig, den 1. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der hier bestehenden Firma Eduard Büttner beabsichtigen in ihrem an der sogenannten „alten Elster" und der Auenstraße gelegenen Grundstücke Kat.-Abtheilung B Nr. 1494 für die Stadt Leipzig eine Fabrik ätherischer Oele zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 22. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

Bekanntmachung.

Die Gas- und Wasserleitungsarbeiten im Taubstummen-Instituts-Gebäude sind vergeben, wovon die nicht zur Berücksichtigung gelangten Herren Submittenten hiermit in Kenntniß gesetzt werden.

Leipzig, am 23. August 1879.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 24. August.

Ein beredtes Anzeichen dafür, daß das politische Leben augenblicklich eines gesunden Pulsschlages entbehrt, ist eine **Zeitungs-Polemik** ohne Gleichen. Die officiösen, conservativen und ultramontanen Tagesorgane sind in der Kampfweise von Berserkern über die liberalen Blätter hergefallen, und diese sehen sich natürlich genöthigt, die vielfach illoyalen Angriffe mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Die Zerfahrenheit der Lage spiegelt sich aber auch darin ab, daß sich zwischen einem Theile der auswärtigen Presse und den Berliner Officiösen ein befremdendes Gezänk erhoben hat. Wer von den Gegnern den Streit begonnen, mag heute unerörtert bleiben. Genug, die Angriffe dauern fort und in beiden Lagern wird weidlich weiter gehetzt. So führen die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" und die „Post" in ihrer Polemik gegen die russische Presse neuerdings eine Sprache, welche das bisherige gute Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland als ernstlich gefährdet erscheinen läßt. Die Gehässigkeiten und Verdächtigungen russischer Blätter gegen Deutschland sind nicht neu; selbst in jener Zeit, als die deutsche Regierungspresse Rußlands kriegerische Orientpolitik mit maßloser Bewunderung verfolgte und den Andersdenkenden im eigenen Lande die nichtswürdigsten Verdächtigungen an den Kopf warf, selbst damals ist nicht selten eine derartige Stimme vom Osten her zu uns herübergeschallt. Die gespannte Aufmerksamkeit aber, welche die genannten deutschen Blätter heute den Petersburger Verunglimpfungen widmen, und namentlich der gänzlich veränderte Ton, in welchem sie Dies thun, beweist — bei ihrem notorischen Verhältniß zur Regierung — hinlänglich, daß der Zeitungslärm diesmal tiefere und sehr bedenkliche Ursachen hat. Niemand im deutschen Publicum ist zur Zeit im Stande, den Schleier, welcher über diesem unheimlichen Spiele liegt, zu lüften; wir fürchten auch, daß man auf eine zuverlässige Aufklärung in der nächsten Zeit vergebens warten wird. Auf die tausend Conjecturen, welche einander in der Presse durchkreuzen, kritisch einzugehen, wäre ein müßiges Geschäft. Wir können uns einstweilen nur darauf beschränken, den bisher so glänzend bewährten Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten wachen und machen zu lassen. Uns ist kein constitutionell regiertes Volk bekannt, das die Wahrung seiner Weltstellung mit so unbedingtem Vertrauen in die Hand eines einzelnen Staatsmannes gelegt hätte, wie die deutsche Nation unserer Tage. Wir haben dies Vertrauen stets für gerechtfertigt gehalten, und wir zweifeln nicht, daß auch das ganze deutsche Volk noch heute dieser Ueberzeugung ist. Aber ist die Situation wirklich so ernst, wie man aus der Haltung der Regierungspresse entnehmen muß, so fragen wir doch, ob es zeitgemäß ist, daß diese Presse in demselben Athem die besten und geachtetsten Patrioten in Deutschland als Revolutionäre oder Reichsfeinde darstellt und den Parteihader in unerhörter Weise zu schüren sich befleißigt.

Das **„Berliner Tageblatt"**, welches sich sonst durch einen überaus geschickten Eiertanz zwischen fortschrittlichen und nationalliberalen Grundsätzen auszeichnet, ist in die Fractionsgeheimnisse der Nationalliberalen natürlich stets höchst zuverlässig eingeweiht. Für diesmal indessen — es handelt sich um die Wahltaktik der beiden liberalen Parteien — entgeht das „Tageblatt" dem folgenden, auf den Vorstand der nationalliberalen Partei zurückzuführenden Dementi nicht: „Die Mittheilung des „Tageblattes", das Centralwahlcomité der nationalliberalen Partei habe beschlossen, mit der Fortschrittspartei in der Weise zu cooperiren, daß man sich auf Grund des bisherigen Besitzstandes gegenseitig unterstützen wolle, entbehrt jeder Grundlage. Das Centralwahlcomité ist über eine solche Frage noch nicht einmal in Berathung getreten. Bei Bestellung des Centralwahlcomité wurde der Grundsatz ausgesprochen, der localen Thätigkeit den freiesten Spielraum zu lassen und das nationalliberale Centralwahlcomité wird sicher nicht daran denken, durch Fassung ganz unprovocirter allgemeiner Beschlüsse diese Verhaltungslinie aufzugeben".

Zur Kennzeichnung des Tones, in welchem das „gelesenste" Berliner Blatt sein „Wohlwollen" jetzt der nationalliberalen Partei entgegenträgt, geben wir die folgende Stelle aus einem Leitartikel wieder:

Die nationalliberale Partei. Das weiß heut zu Tage Jedermann im Lande, ist in sich selbst zersplittert, zerfahren und völlig uneinig. Und gleichwohl erhebt diese Partei den Anspruch, auf Grund ihres bisherigen Besitzstandes wiedergewählt zu werden! Ihres Besitzstandes! Aber von Denjenigen, die sich des „Besitzes" gewisser Kreise rühmen durften, haben sich viele von der Partei losgesagt, und auch Diese glauben sich nach wie vor berechtigt, das Vertrauen ihrer Wähler auch jetzt noch für sich zu haben. Sind die Abgeordneten nun Nationalliberale oder sind sie es nicht? Alle diese und andere sich unabweislich herzudrängende Bedenken schweigt man einfach todt und kommt mit der alten Phrase vom beiderseitigen Besitzstand dabergezogen. Wir für unser Theil werden uns wahrlich nicht wundern, wenn den Nationalliberalen, die an Unentschiedenheit und Unklarheit nachgerade das Menschenmögliche geleistet haben, aus den Reihen der Wähler eine derbe Abweisung zu Theil wird. Eine Partei, die nach Allem, was vorgegangen, sich auch jetzt noch nicht zu einer entschiedenen Stellungnahme aufraffen kann, die auch jetzt noch mit dem unentschlossenen Laviren von Fall zu Fall fortfahren zu können glaubt, eine solche Partei spricht sich selbst das Urtheil, daß sie sich überlebt habe und in dem Kampfe um unsere verfassungsmäßigen Rechte nichts Ersprießliches mehr leisten kann.

Constatiren wollen wir, daß die „Vossische Zeitung", das leitende fortschrittliche Organ Berlins, der nationalliberalen Partei gegenüber eine viel maßvollere Haltung einnimmt, als gegenwärtig das „Berliner Tageblatt".

Die „Neue Zeit", ein ultramontanes Blatt, das die extremste Richtung der Partei vertritt, bricht in einen Jubelruf über die **päpstliche Encyklika** aus; sie erinnert daran, welche Befehdungen die „Neuscholastiker" von der Münchener Schule und der „deutschen Wissenschaft" überhaupt zu erfahren hatten. Um so größer ist jetzt ihr Triumph; sie wendet sich dabei speciell gegen Herrn v. Döllinger.

Mit welchem Hochmuthe und mit welch unerhörter Wegwerfung hat sich erst Herr v. Döllinger auf der katholischen Gelehrtenversammlung zu München im September 1863 über die Wissenschaft des Mittelalters ausgelassen! Er nannte sie „einäugig", bezichtigte sie „selbstgenügsamer Unkenntniß der ganzen anatolischen Tradition und Kirche" und schob ihr hauptsächlich den „verhängnißvollen Bruch mit der morgenländischen Kirche" in die Schuhe. Ja, er brach den Stab vollends über die ganze mittelalterliche Wissenschaft, indem er in „deutschwissenschaftlichem" Selbstbewußtsein ausrief: „Das alte von der Scholastik gezimmerte Wohnhaus ist baufällig geworden und ihm kann nicht mehr durch Reparaturen, sondern nur durch einen Neubau geholfen werden, denn es will in keinem seiner Theile mehr den Anforderungen der Lebenden genügen." Und was wollte er an Stelle der alten Theologie gesetzt wissen? Einzig und allein die „deutsche Wissenschaft", in Wirklichkeit jenen Hochmuth und eitlen Wissensdünkel, der bei all seiner philosophischen Unwissenheit und dem Mangel speculativer theologischer Bildung gleichwohl als ausschließlicher berechtigter Vertreter der wahren Wissenschaft jeder anderen Nation selbst die Befähigung abspricht und in Deutschland allein das „künftige Heimathland der katholischen Theologie" zu erblicken sich anmaßt. Wie aber er selbst, so dachten Viele, sehr Viele mit ihm, und seine Worte fanden zahlreiche Vertheidiger selbst in katholischen Tagesblättern, die, in die gleichen „deutschwissenschaftlichen" Nebelwolken eingehüllt, dem Götzen des Tages oder, wie man damals sich ausdrückte, dem „keuschen Priesterthum der deutschen Wissenschaft" blindlings Weihrauch streuten. Wie ganz anders sind inzwischen die Verhältnisse geworden! Welch großartige Fortschritte hat seit 16 Jahren die Wissenschaft der Vorzeit unter uns Deutschen gemacht! Die neueste Encyklika des heiligen Vaters aber erleuchtet und erwärmt wie ein übernatürliches Gestirn das ungeheure Feld profaner und heiliger Wissenschaft zum Segen der Kirche und der gesammten Menschheit.

Der ungarische Ministerpräsident Tißza ist in **Wien** eingetroffen und nahm an der unter Vorsitz des Kaisers stattgefundenen gemeinsamen Ministerconferenz Theil. Tißza's Ankunft bezweckt eingestandenermaßen eine Einflußnahme auf die Wahl eines Nachfolgers von Andrassy, ferner Conferenzen mit Taaffe betreffs der inneren Politik. Neuerdings wird vielfach geglaubt, der Reichs-Finanzminister Hofmann werde provisorisch die Stelle Andrassy's übernehmen. In Bezug auf die Ablehnung Karolyi's wird der „K. Z." aus Wien telegraphirt:

Es wird regierungsseitig mitgetheilt, daß der Kaiser vor Kurzem Andrassy beauftragt habe, den Grafen Karolyi in London zu ersuchen, das Ministerium des Aeußeren zu übernehmen. Andrassy entledigte sich dieses Auftrages, erhielt aber kurz vor seiner Abreise von Lerebes einen Brief Karolyi's, worin Dieser, unter Hinweis darauf, daß er wegen mangelnder Kenntniß der magyarischen Sprache seine Politik in der ungarischen Delegation nur sehr schwer würde vertreten können, die Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen endgültig ablehnte. Somit bleibt die Krise vorerst noch bestehen, indessen ist das Scheiden Andrassy's entschieden. Andrassy, der augenblicklich sich der vorzüglichsten Gesundheit erfreut, wird, bis ein Nachfolger gefunden, die Geschäfte weiterführen und in Wien verbleiben. Erst nach getroffener Entscheidung wird er sich nach Gastein zum Fürsten Bismarck begeben, welcher ihn bereits vor längerer Zeit um eine Zusammenkunft ersuchte. Betreffs seines Nachfolgers verlautet, daß einflußreiche Personen noch immer die Wahl von Clam-Martinitz befürworten, gegen den indessen die Ungarn sich sträuben. Diese wünschen den Grafen Szechenyi in Berlin, der aber wenig geneigt sein soll.

Ueber den in **Paris** stattgefundenen Tumult wird jetzt Näheres bekannt. Es heißt in einem Telegramm vom Freitag: Nach Beendigung des gestrigen Concertes im Palais Royal verlangten die Zuhörer die Marseillaise. Der Oberaufseher des Gartens verbot dieselbe jedoch, worauf die Menge protestirte und, die Nationalhymne anstimmend, durch den Garten zog. Die Polizei schritt aufs Brutalste ein, trieb die Sänger aus einander und nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Menge, die nichts Schlimmes beabsichtigte, zerstreute sich schnell; der ganze Skandal dauerte nur eine halbe Stunde, erregte aber Paris in hohem Grade, da man daraus ersehen will, daß die Polizei, die als antirepublikanisch gilt, absichtlich Conflicte hervorrufen will."

Aus der **französischen Schweiz** wird der „K. Z." vom 19. August geschrieben: „Es ist sicherlich nicht ohne Interesse, die Auffassung zu studiren, welche die Blätter der Nachbarländer Deutschlands und unbefangen urtheilende Bewohner derselben über die deutschen Zustände des Augenblickes haben; diesem Studium liege ich seit einiger Zeit ob und will in Kürze dessen Resultat mittheilen. Ob der Eindruck zutrifft oder nicht, Das zu prüfen ist nicht Sache des objectiven Berichterstatters. Die Zollpolitik findet naturgemäß verschiedenartige Beurtheilung; alle Blätter und Personen aber, denen man nicht gerade Voreingenommenheit gegen Deutschland vorwerfen kann, stimmen in dem Urtheile überein, daß man zu weit gegangen sei, und nicht zum eigenen Heile. Merkwürdigerweise sieht man allgemein die eigentliche Absicht des deutschen Reichskanzlers nicht in der Durchführung seiner Zollpolitik, sondern betrachtet diese nur als ein Mittel zu einem politischen Zweck. Man legt ihm die Absicht unter, die Liberalen zu vernichten und eine Reactionspolitik zu treiben, und findet Das in der ihm beigelegten Eigenthümlichkeit begründet, keine selbständigen Charaktere, ja nicht einmal Personen mit eigenem Willen zu dulden. Dabei vernimmt man ganz allgemein das Erstaunen, wie Derselbe sich über Nacht als eine maßgebende Autorität auf einem Gebiete anzusehen über sich habe gewinnen können, das ihm eingestandenermaßen noch vor Kurzem ganz fern lag. Das dem deutschen Volke gestellte Prognostikon ist nicht sehr schmeichelhaft: Reaction, Herrschaft der Ultramontanen und orthodoxen Protestanten, Stillstand u. s. w. So in der Westschweiz. Unsertheils denken wir indessen, da noch keinerlei positive Anzeichen dafür vorliegen, daß Fürst Bismarck politische und kirchliche Reaction treiben will, daß das Ausland unsere Zustände durch trübe Brillen betrachtet.

In **Italien** haben die diesjährigen Communal- und Provinzialwahlen fast durch das ganze Land eine beträchtliche Anzahl von Klerikalen in die Gemeinde- und Provinzialräthe gebracht und das bisherige Verhältniß der Liberalen und Radicalen in demselben gründlich verändert. Es war diesmal nicht ausschließlich die Consorteria, welche die klerikalen Candidaten unterstützte, sondern an vielen Orten haben auch die Radicalen den Klerikalen zum Siege verholfen. Die politische Bedeutung dieser Thatsache ist wohl keine andere als die, daß Liberale und Radicale den Eintritt der Klerikalen in das öffentliche Leben wünschen und sich mit ihnen leichter als unter sich zu verständigen hoffen. Die Regierung hat sich aufs Gewissenhafteste jeder directen und indirecten Einmischung in die Wahlen enthalten, so daß diese in der That als Ausdruck der öffentlichen Meinung des Landes angesehen werden können. Die Bildung eines klerikalen Centrums in der italienischen Abgeordnetenkammer scheint nunmehr blos vom Belieben der Klerikalen selbst abzuhängen. Sind sie auch zu schwach, um durch sich allein zu siegen, so finden sie doch je nach Bedürfniß rechts und links genügende Unterstützung, um ihnen zum Siege zu verhelfen, und von dem Augenblicke an, wo der Papst sie zu den Urnen commandiren wird, kann das klerikale Centrum durch den jeweiligen Anschluß an die Rechte oder an die Linke in der Kammer den Ausschlag geben.

Das Verhältniß Oesterreichs zu den einst so ganz russisch gesinnten Fürstenthümern auf der **Balkanhalbinsel** ist nach dem Berliner Vertrage ein durchaus anderes geworden. Während man bis dahin in Belgrad, Bukarest, Cettinje Oesterreich haßte als einen Gegner der Freiheit und Unabhängigkeit der Balkanchristen, bewirbt man sich jetzt um die Freundschaft und den Schutz des mächtigen Kaiserstaates, dessen Leiter, vor Allem Graf Andrassy, ihrerseits wieder bemüht sind, die Fürstenthümer an Oesterreich zu fesseln. Im hohen Grade auffällig war in dieser Beziehung der Besuch, den Erzherzog Albrecht vor einigen Tagen dem Fürsten von Rumänien abgestattet hat. Nicht minder bemerkenswerth ist der bevorstehende Besuch des Fürsten von Montenegro in Wien. Fürst Nicolaus wird bereits — wie schon gemeldet — in den ersten Tagen des September in der Kaiserstadt erwartet. Aus Konstantinopel wird ferner über Wien vom Sonnabend gemeldet: In der gestrigen ersten Conferenz der türkisch-griechischen Bevollmächtigten wegen der griechischen Grenzregulirungsfrage verlasen die griechischen Bevollmächtigten eine ausführliche Darlegung der auf dem Berliner Vertrage basirten Forderungen ihrer Regierung. Das Exposé gipfelte in der Frage, ob die Verhandlungen auf der von dem Berliner Congresse vorgezeichneten Grundlage stattfinden würden. Savfet Pascha erklärte, daß er nach drei Tagen darauf antworten werde. Wie heute verlautet, ist die nächste Conferenz auf den 28. d. anberaumt. — Durch Befehl des Sultans ist die Entlassung von 80 Bataillonen Redifs angeordnet. — Die internationale Commission in Philippopel wird sich demnächst mit mehreren, die Zollämterfrage betreffenden Angelegenheiten beschäftigen, welche die Souveränetät des Sultans und die